munistischen Internationale, als Abgesandte der Sowjetregierung erschien, um von dieser Tribüne den Standpunkt der kommunistischen Internationale wie der Sowjetregierung gegenüber der Hindenburg-Republik wie gegenüber dem ganzen Komplex der Schwarzen und Weißen Reichswehr zu verkünden. Von dieser Tribüne sagte in der 127. Sitzung des Reichstages am 27. November 1925 Clara Zetkin in einer Rede, die 22 mal von Beifallsjubel der Völkischen unterbrochen wurde, folgendes, was sich die Arbeiter merken mögen, wenn sie die Ausreden von Pieck und Creutzberg hören:

„Deutschlands Zukunft beruht auf einer engen Interessengemeinschaft in wirtschaftlicher, politischer und, wenn es sein muß, auch militärischer Hinsicht mit der Sowjetunion."

Weiter sagt Clara Zetkin:

„Ich glaube sogar, im Gegensatz zu dem Herrn Abgeordneten Weis, daß es nicht so aussichtslos ist, wie er sich das vorstellt, **daß unter Umständen ein Zusammenwirken zwischen der Reichswehr und den Rotarmisten erfolgt.**"

Und dann stellt man sich her, wie der Rabbi und der Mönch, und streitet mit Talmud-Zitaten und Zitaten aus dem Neuen Testament über die Einzelheiten einer Politik, die in ihrer logischen Konsequenz eines Tages bis zu Granaten- und Gaslieferungen an die deutsche Reichswehr führen muß, obgleich die deutsche Reichswehr die Reservearmee der imperialistischen deutschen Bourgeoisie zur Niederkniittelung der Arbeiter ist. Und wenn ein Bucharin am vierten Weltkongreß als theoretischer Führer der Komintern offen die Parole des Blocks mit der Bourgeoisie ausgab, die Parole, daß die Arbeiter sich nicht rühren dürfen, wenn die russische Bourgeoisie einen Block geschlossen habe mit einer anderen Bourgeoisie, ist es dann nicht durchaus in den Bereich der Möglichkeit gerückt, daß die Kugeln, mit denen die Reichswehr in Sachsen und Thüringen auf die revolutionären Arbeiter schoß, nicht aus deutscher Quelle stammten? Ich kann Einzelheiten nicht behaupten, aber in der Logik der Politik, wie sie Bucharin durch diese Jahre proklamiert: Block mit jedem, der mit uns zusammengehen will — in der Logik dieser Dinge liegen auch an sich durchaus unwesentliche Einzelheiten über das, was im einzelnen an diesem oder jenem Tage geliefert wurde. Die Aufgabe der revolutionären Kommunisten, die sich mit Schaudern kehren von einer kommunistischen Partei, deren Clara Zetkin am 27. November hier einem Hindenburg das Militärbündnis anbot, das er garnicht nicht mal annahm — ist, und wenn ihr mit tausend Knütteln auf uns schlagt, ihr Bürgerlichen von links und von rechts, der Wahrheit auch in dieser Hinsicht zum Siege zu verhelfen."

Wenn auch in diesem Dokument nichts enthalten ist, was dem revolutionären Proletariat nicht schon bekannt ist, so kennzeichnet es doch die ungeheuere Verlogenheit der SPD., die ihre eigene politische Unzucht als Beweis ihrer proletarischen Politik heranzieht, ihre eigenen Schandtaten verschweigt, und die Schandtaten ihrer Kumpanen in großer Aufmachung bringt. Es kennzeichnet die Hilflosigkeit der „Roten Fahne", die ebenfalls zähneknirschend schweigen muß. Er kennzeichnet die ganze „Opposition" um Scholem Korsch und Ruth Fischer, daß zur selben Zeit, als die Scholem-Fraktion in Moskau mit Schimpf und Schande aus dem Ekkitempel getrieben ward, der Schmierlink Scholem im Auftrage der „Opposition" von Urbans bis Korsch ein schmieriges Loblied auf Moskau und in einer Erklärung gegen Schwarz und die revolutionären Arbeiter innerhalb und außerhalb der KPD. singt. Die parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften wären auch ohne diese Tatsachen für das revolutionäre Proletariat kein Problem mehr. Aber wir müssen offen bekennen: Ein Problem sind die Arbeiter, die trotz dieser ungeheuerlichen Tatsachen den Weg aus diesem Sumpf nicht finden.

Belohnung für treue Streikbruchdienste

Verbindlichkeitserklärung in München-Gladbach.

WTB. München-Gladbach, 18. Dezember. Der staatliche Schlichter hat den von den Arbeitgebern der Textilindustrie abgelehnten Schiedsspruch, der eine Erhöhung der Tariflöhne um 10 Prozent und der Akkordlöhne um 4 Prozent vorsieht, auf Antrag der Arbeitnehmerverbände für verbindlich erklärt.

Schiedsspruch für Seeleute.

Die Tarifverhandlungen zwischen dem Verband deutscher Reeder und dem Aktionsausschuß seemännischer Berufsverbände wurden gestern abgeschlossen. Die Seeleute, die 15 Prozent Lohnerhöhung verlangten, erzielten Erhöhungen der Heuer um ungefähr 5 bis 8 Prozent.

•

Die Seeleute selbst hatten, wie die „Rote Fahne" mitteilt, „um den Löhnen ihrer englischen Kameraden wenigstens nahe zu kommen, eine Erhöhung der Heuer um 50 Prozent gefordert. Wenn diese Erhöhung durchgesetzt wäre, würde ein deutscher Matrose 139,50 Mk. oder 7 Pfund Sterling erhalten, während sein englischer Kollege 9 Pfund Sterling, oder noch 40 Mk. mehr erhält. Heute erhält aber ein deutscher Matrose einschließlich der oben gemeldeten Lohnerhöhung noch keine 100 Mk. monatlich; das sind 80 Mk. weniger als der englische Kollege. Gegen diese Kulilöhne wenden sich die Seeleute aller Kategorien mit aller Entschiedenheit."

Die „Entschiedenheit" der Streikbruchgewerkschaften hat verflucht viel Aehnlichkeit mit dem schweifwedelnden Hund, der seinen Herren um einen Knochen anbettelt und diesen zusammen mit einem Fußtritt erhält.

Die Löhne, die die deutschen Seeleute für ihre Dolchstoßarbeit gegen die englischen Arbeiter erhielten, waren sehr viel niedriger, als diejenigen, um welche die englischen Kohlengräber ihren Sklavenhaltern die Arbeit vor die Füße warfen und unter Hunger und Entbehrung 7 Monate einen — nach gewerkschaftlichen Begriffen — heroischen Kampf führten bis sie — von den deutschen Bergarbeitern und Seeleuten in die Knie gezwungen wurden. Und für diese „Entschiedenheit" erhielten die deutschen Arbeiter ein Hundertstel der Streikbruchprämie oder 4 bis 8 Prozent „Lohnaufbesserung", die durch die gestiegenen Preise während der Streikbrucharbeit und durch Leistungssteigerung um das doppelte überholt sind.

Gewerkschaft, dein Name ist Verrat, und die KPD. ist dein Zuhälter.

Wirtschaft

Die Arbeitslosigkeit steigt

In Berlin um 11 500 in einer Woche.

In der Woche bis zum 18. Dezember hat die Zahl der Berliner Arbeitslosen um weitere 11 447 zugenommen. Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes Groß-Berlin waren 260 454 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen, gegen 249 007 der Vorwoche. Darunter befanden sich 163 445 (156 527) männliche und 97 009 (92 480) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 109 154 (107 197) männliche und 60 524 (58 866) weibliche, insgesamt 169 678 (166 063) Personen. Außerdem wurden noch 36 506 (39 873) Personen durch die Erwerbslosenfürsorge der Stadtgemeinde Berlin unterstützt und 8378 (8530) Personen bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Von der Krisenfürsorge wurden 3874 männliche und 2342 weibliche, insgesamt 6216 Personen erfaßt. Die Zahl der zu gemeinnützigen Pflichtarbeiten Überwiesenen betrug 81 gegen 86 der Vorwoche.

Die Ziffer der registrierten Arbeitslosen, d. h. die absolute Ziffer, ist in der Berichtswoche wieder um 11 447 gestiegen, die Ziffer der Unterstützten dagegen nur um 3615. Die „Fürsorge" hat demnach in einer Woche fast 8000 „Ausgesteuerte" ausgeschifft, von wegen dem christlichen „Fest der Liebe". Auch die „Erwerbslosenhilfe" der Stadt Berlin hat 3867 Unterstützungsempfängern die Bettelpfennige gestrichen. Selbst die Notstandsaktion warf 161 aus der Arbeit. Die letzten drei Kategorien bestehen aus Ausgesteuerten. Die Ziffer der in der Berichtswoche Ausgesteuerten beträgt demnach auch über 11 500.

Die Produktion steigt ebenfalls

Die Ruhrkohlenförderung in der zweiten Dezemberwoche relativ gestiegen.

Nach vorläufigen Berechnungen wurden in der Zeit vom 5. bis 11. Dezember im Ruhrgebiet an 5½ dreischichtigen Arbeitstagen 2 422 761 t Kohle gefördert gegen 2 482 996 t in der vorhergehenden Woche bei sechs Arbeitstagen. Die Kokserzeugung stellte sich in den sieben Tagen der Berichtswoche auf 533 215 t gegen 532 516 t in der vorhergehenden Woche, die Preßkohlenherstellung auf 79 869 t gegen 79 773 t bei fünf dreischichtigen bzw. sechs Arbeitstagen. Die arbeitstägliche Kohlenförderung betrug in der Zeit vom 5. bis 11. Dezember 450 746 t gegen 413 818 t in der vorhergehenden Woche. Die tägliche Kokserzeugung stellte sich auf 76 031 t (76 074 t), die arbeitstägliche Preßkohlenherstellung auf 14 859 t (13 296 t).

Starke Zunahme der deutsch-oberschlesischen Kohlenförderung.

Im deutsch-oberschlesischen Kohlenrevier wurden in der Zeit vom 6. bis 12. Dezember an 5 Arbeitstagen 377 960 t Kohle gefördert gegen 330979 t an ebenfalls 5 Arbeitstagen der Vorwoche; die arbeitstägliche Kohlenförderung stieg also von 66 196 t auf 75 592 t. Der Gesamtabsatz aussch. Selbstverbrauch und Deputate, stieg von 319 481 t auf 357 526 t. Während die Kokenbestände eine geringe Zunahme, von 6423 t auf 7505 t, erfuhren, nahmen die Koksbestände von 52 043 t auf 51 351 t ab.

•

Ist das steigende Konjunktur?

Es stimmt zwar nicht, was das Wirtschaftsministerium und nach ihm die gesamte Presse berichtet, daß sich die deutsche Wirtschaft in aufsteigender Konjunktur befindet. Die englische Industrie beginnt erst zu arbeiten, ihre Produkte sind noch nicht auf dem Weltmarkt erschienen, im Gegenteil, Deutschland liefert noch nach England, nicht nur Industrieprodukte, sondern auch noch Kohlen. Die steigenden Produktionsziffern bedeuten also nur eine vorübergehende Streikbruchkonjunktur. Aber trotz dieser Mehrproduktion (auch für den deutschen Weihnachtsmarkt) steigt die Erwerbslosenziffer flutartig an. Die englische Kohlenindustrie hat schon den Konkurrenzkampf mit zerdrückten Preisen begonnen. Die Industrie wird im Januar beginnen die deutsche Streikbrucharbeit nicht nur aus England, sondern auch aus dem Weltmarkt zu werfen. Die Arbeitslosenziffern müssen dann lawinenartig anwachsen. Wenn das Proletariat von dieser Lawine nicht erdrückt werden will, wird es sich schon mit organisierter Klassengewalt zur Abwehr stellen müssen, um seinen kapitalistischen Todfeind darunter zu begraben.

Steigende Arbeitslosigkeit in Frankreich.

EP. Paris, 21. Dezember. Nach Meldungen aus Nancy macht sich dort starke Arbeitslosigkeit bemerkbar, von der besonders das Baugewerbe, die Lebensmittelbranche und die Bekleidungsindustrie betroffen wird. — Die Schuhfabriken verkürzen die Arbeitszeit auf 24 Stunden und sogar auf 18 Stunden pro Woche. — Die Gewerkschaften entsandten eine Abordnung zum Präfekten des Departements Meurthe et Moselle, um Abhilfsmaßnahmen zu forbern.

Weiter schreibt der „Temps": „Wir sind entschieden in die Periode der Krisen eingetreten. Sämtliche Zeichen lassen das klar erkennen. Ohne Zweifel beeilen sich einige Industrien, die noch Aufträge auszuführen haben, dies zu tun, damit ihnen diese Aufträge nicht wieder entzogen werden. Aber sie erhalten keine neuen Aufträge. Es ist nicht zu leugnen, daß die Reaviorisierung des Franken diese Krise herbeigeführt hat, wie übrigens eine Reihe von Tafeln Schokolade und ein Paket Keks für Inhaftierte.

Verschärfter Gummikrieg.

Durch die kürzlich in New York gegründete Einkaufsgenossenschaft der amerikanischen Gummiinteressenten mit einem Kapital von 40 Millionen ist der Kampf der amerikanischen Gummiverbraucher gegen das englische Weltmonopol auf dem Gummimarkt in ein neues Stadium getreten. Bekanntlich entfallen auf die Vereinigten Staaten etwa 70—75 Prozent der gesamten Gummiverbraucher der Welt, während England ca. 65 Prozent der Welt produktion an Gummi aus seinen Kolonien liefert. Die bisherigen amerikanischen Versuche, in Panama, Sumatra und auch in Afrika Gummi zu pflanzen, um das engl. Preismonopol zu brechen, haben wenig Erfolg gezeitigt. Ebenso alle Versuche auf chemischem Wege einen gleichwertigen Ersatz zu schaffen. Mit dem Ankauf von 50 000 Tonnen Rohgummi durch die neue Einkaufsvereinigung wollen die amerikanischen Automobilfabriken bezw. Hersteller von Automobilreifen ein Gegengewicht gegen die preistreibenden Tendenzen der englischen Kolonialämter schaffen. Am 1. November ist von dieser Seite aus eine Exportreinschränkung von 20 Prozent verfügt worden, da der Durchschnittspreis für Rohgummi heute nur 1.5 7 d.pro lb. beträgt. Das englische Monopol ist heute so unbeschränkt, daß jeder Preisrückgang unter der nach dem sogenannten Stevenson-Schema festgesetzten Höhe sofort mit Produktionseinschränkung beantwortet wird. Für das letzte Vierteljahr bis zum 31. 1. 27 war ein Durchschnittspreis von 1 s 9 d festgesetzt worden. Der Rückgang um 2 d pro lb. ist daher sofort mit einer Ausfuhrbeschränkung von 20 Prozent seitens der englischen Gummiproduzenten beantwortet worden. Nach den letzten Meldungen haben die amerikanischen Vorgänge in England zu einer strafferen Interessenorganisation geführt.

Der Proletarier

enthält in seiner Dezember-Nummer einen ausführlichen Aufsatz über das russisch-deutsche Militärbündnis nach amtlichem Quellenmaterial. Ferner bringt er die Zuchthausgesetze (Strafgesetz, Vereinsgesetz, Schmutz- und Schundgesetz, Arbeitsgerichtsgesetz und ein Gesetz, das die Gesetzgebung für die Republik dem Staatsgerichtshof, also den monarchistischen Richtern überträgt) mit denen die Demokratie das Proletariat künftig knebeln wird. Ein weiterer Aufsatz behandelt die Entwicklung der SPD. und ein anderer Amerika. Ein Feuilleton „Denken und Fühlen" über Psychoanalyse, Psychologie und Marxismus, Abhandlungen über Kunst, Kino, Radio, wichtige Notizen, Buchbesprechungen und eine Bibliographie beschließen das gut ausgestattete Heft, das 50 Pfennig kostet und von der Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13 und von allen Genossen der KAP. und AAU. zu beziehen ist.

Proletarisches Notizbuch

Massenepidemie in Niederbayern.

In Mietraching ist eine heftige Masernepidemie ausgebrochen; es sind von 76 Schulkindern 63 an Masern erkrankt. Das Bezirksamt Deggendorf hat die Schließung der Volksschule verfügt.

Auf Masern trifft dasselbe zu wie auf Scharlach, für seine Entstehung sowohl wie für seine Folgen. Es ist ebenfalls eine Proletarierkrankheit.

Englandflotte in Athen. TU. Athen, 18. Dezember. **82 Einheiten des englischen Mittelmeergeschwaders** werden am 12. Januar im Kriegshafen von Athen eintreffen. Man bringt dies mit der gespannten Lage im Orient in Zusammenhang.

Die kapitalistische Demokratie. In München wurden acht Mitglieder der Kommunistischen Jugend und der Kommunistischen Partei zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt, **da sie an einer Bezirkskonferenz des Kommunistischen Jugendverbandes teilgenommen haben (!).**

Rote Diplomatie. Wie die Zeitungen melden, eröffnete der japanische Bevollmächtigte Saburi Verhandlungen mit der Kantonregierung. Der russische Militärattaché in Peking, Leutnant Longwa, traf gleichzeitig als Gast der Kantonregierung hier ein.

Ein Prozeß gegen 151 ukrainische Bauern in Polen. In Wladimir-Wolynsk findet gegenwärtig ein Prozeß gegen 151 Ukrainer statt, die unter der Anklage stehen, einen bewaffneten Aufstand vorbereitet zu haben. — Der polnische Nationalismus versucht auf dem Wege des trockenen Faschismus „landesfremde Elemente" auszurotten.

Proletarier erschlagen. WTB. Aachen, 20. Dezember. Bei den Erweiterungsbauten am Bahnhof Aachen verunglückten heute vormittag bei Erdarbeiten drei Brüder tödlich. Einem anderen Arbeiter wurde der linke Oberarm abgequetscht. In Berlin wurden am 21. 12. zwei Eisenbahnarbeiter überfahren und getötet.

Erdbeben in Südamerika. Guayaquil (Ecuador), 21. Dezember. (WTB.) Nach Meldungen von der Grenze von Columbia ist die Stadt Corlosama in Columbia durch ein Erdbeben zerstört worden.

Eine Meldung ohne Kommentar. London, 21. Dezember. (EP.) In Kalgan, der chinesischen Teehandelsstadt südlich von Peking, wurden 300 chinesische Kulis, die von den Nordtruppen gefangen genommen worden waren, in offenen Güterwagen nach Norden transportiert. Als die Wagen am Bestimmungsort angekommen waren, stellte es sich heraus, **daß die Gefangenen sämtlich erfroren waren. Die Behörden standten die 300 Leichen in denselben Wagen wieder nach Kalgan zurück.**

Eine Weihnachtsofferte der „Roten Fahne". „Central-Rotschlächterei, O, Schillingsbrücke 7—10 (Nähe Schles. Bahnhof. Königstadt 1346) Ia Fleisch- und Wurstwaren." — „Rote Fahne" vom 20. 12. 27.

Mitteilungen

Alle Leser der „KAZ."

bitten wir, uns Adressen einzusenden von Genossen, die evtl. Interesse für die „KAZ." haben.

Wir wollen Probeexemplare der „KAZ." an solche Genossen versenden.

Oeffentliche Quittung der VRUK.

Pflichtbeiträge Berlin: 45.—46. Woche, 40 Mk.
Pflichtbeiträge Berlin-Brandenburg: 1. 10.—31. 11. 38,70 M.
Pflichtbeiträge Reich: Rüstringen 2.40, Nürnberg 6.—, Chemnitz 4.—, Dresden 2.40, Pleißa 0.48, Leipzig 2.16, Gentin 3.20, Salz 0.80, Magdeburg 7.20, Halle VRUK. Karten 1.20, Annaberg Sammelmarken 6 Stck. 1.20 Mark.
Sammellisten Berlin: 4. Bez. Nr. 409 2.80; 6. Bez. Nr. 424 33,75; 7. Bez. Nr. 443 26,80; 11. Bez. Nr. 427 17,50; 15. Bez. Nr. 403 8,50; Nr. 404 21,70; Nr. 405 10; Fa. Küchenmeister Nr. 410 30; Fa. Reimann u. Co. Nr. 412 8; Fa. F. u. L. Lautenschläger Nr. 448 45; Fa. Schäning, Reinickendorf Nr. 447 6,70; Fuhrpark Charlottenburg Nr. 441 4 conto 25,51 Mark.
Sammlung 3. Bez. 0,90; Genosse Barb 30; Genosse W. P. 2; ein Genosse aus Lichtenberg 10 Tafeln Schokolade und ein Paket Keks für Inhaftierte.
Postkarten Berlin: 3. Bez. 160 St. 16; 7. Bez. 55 St. 5,50; 14. Bez. 50 St. 5; 15. Bez. 50 St. 5; Sammelmarken Berlin: 7. Bez. 12 St. 2,50 Mark.

Auf Weihnachtssammellisten der Vruk gingen bis zum 21. Dezember folgende Beträge ein:

Dresden Liste Nr. 485 9,80; 60 Postkarten 6; Holthausen Nr. 461 31; Aschersleben Nr. 174 und 473 an Postkarten Nr. 475 9; Landau Nr. 467 2; Hohenlesmar Nr. 469 4,30; Barmen Nr. 455 17,50; Altona Nr. 494 9. Nr. 495 16. Nr. 496 18; Kiel Nr. 492 16; Chemnitz Nr. 484 6,50; Cöln Nr. 460 22,00; Nachrodt Nr. 458 20; Halle Nr. 463 24. Nr. 464 21,70. Nr. 466 5,30. Nr. 478 9,75; Gentin Nr. 474 26,55; Essen Nr. 451 3; Ludwigshafen 9; Düsseldorf Nr. 462 10,15. Nr. 500 10; Plethsa Nr. 481 9,50; Wilhelmshaven Nr. 493 9; Kaiserslautern Nr. 468 3; Velbert 5; Halle 6,72; Rüstringen 2,40; Halle (Rensch) 5,95; Braunschweig 1,70. Leipzig. auf Listen 57,80 Mark.

Durch die Bez.-Ltg. des Wirtschaftsbez. Rheinland-Westfalen gingen noch ein: Essen Liste Nr. 4000 2,60; Düsseldorf Nr. 3991 3,30. Nr. 3989 6,50; Ronsdorf Nr. 3997 7,75. 100 Postkarten 10; Nachrodt Nr. 3999 12; Elberfeld Nr. 3995 6,50; Bonn Nr. 3994 10,70; Benrath Nr. 3992 3; Barmen Nr. 3996 1,25; Pflichtbeiträge 20,16; Velbert (Rest auf Liste) 2 Mark.

AAU. und KAP. Ortsgruppen Forst (L.) Am Mittwoch, den 29. Dezember 1926, findet im Lokal „Eden", punkt 7 Uhr, ein Vortrag statt. Thema: Rußland und das Weltproletariat!

Alle Leser der „KAZ." und des „Kampfruf", sowie die oppositionellen KPD.- und KPD.-Genossen sind hiermit eingeladen. — Daselbst Bestellung auf unsere Zeitungen.

•

Quittung der VRUK. Von Genossen G., Betrieb „Rote Fahne", 3, 20 Mk.

Groß-Berlin

6. Bezirk. Am Donnerstag, den 23. Dezember, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung der Partei. Freitag den 7. Januar, komb. Mitgliederversammlung. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung müssen alle Genossen der Partei und Union erscheinen. Das Bezirkslokal befindet sich wieder Kottbusser Straße 19 (Kottbusser Krug).

Bezirks-Arbeitsausschuß.

„Rote Jugend"
kann nicht mehr erscheinen, wenn nicht **sofort** alle rückständigen Nummern abgerechnet werden.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Schulz, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isaacsohn, Berlin O. 17, Lanzestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 102

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Dezember 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7. Nr. 828 d. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,20 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Int. Instituut Soc. Gesch. Amsterdam

Die „Wirtschaftsdemokratie"

Die moderne Leibeigenschaft als Resultat gewerkschaftlicher Lohnpolitik

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

Mehrarbeitsabkommen.

Ueber die in § 3 des Manteltarifvertrages vom 29. September 1925 vorgesehene Arbeit hinaus leisten die Arbeiter im Anschluß an ihre regelmäßige Schicht Mehrarbeit nach folgenden Bestimmungen:

I. Allgemeine Regelung.

1. a) **Unter Tage** beträgt die Arbeitszeit vom Beginn der Einfahrt beim Betreten des Förderkorbes oder Stollenmundloches bis zum Verlassen der Arbeitsstelle vor Ort ohne Pausen in den Kernrevieren 8, in den Randrevieren 8½ Stunden täglich.

b) **Ueber Tage** beträgt die Arbeitszeit **ohne Pausen 10 Stunden täglich.**

c) **In durchgehenden Betrieben wird im Zweischichtensystem gearbeitet.**

2. An den im § 3 Ziffer II. 3 des Manteltarifvertrages erwähnten nassen, heißen und schlecht bewetterten Arbeitspunkten wird die Arbeitszeit weiterhin als dem sechen Verhältnis zur allgemeinen Arbeitszeit verkürzt wie früher.

3. **Unterbleibt die Schichtzeit die Dauer von 10 Stunden (!)** so ist dies nur in demselben Umfange zulässig, wie den Arbeitnehmern Pausen gewährt werden, **innerhalb einer zwölfstündigen Schicht müssen also zwei Stunden Pausen enthalten sein.**

Als Pausen sind nur Ruhezeiten anzusehen, die eine ununterbrochene Dauer von mindestens 20 Minuten haben. Innerhalb der zwölfstündigen Schicht muß ein ununterbrochener Zeitraum von je einer halben Stunde für Frühstück und Mittag zur Verfügung stehen. Zum Verbringen der Pausen sollen Räume vorhanden sein, die im Sinne der bergpolizeilichen Bestimmungen als angemessen anzuerkennen sind. Den Arbeitnehmern bleibt es überlassen (!), diese Räume während der Pausen aufzusuchen oder nicht.

II. Regelung der Sonnabendschichten.

1. Ueber Tage endet die Tagschicht in nicht durchlaufenden (unschichtenden) Betrieben um 2½ Uhr nachmittags, in der Schicht ist eine Pause von einer halben Stunde enthalten.

2. In zweischichtigen Tagebau- und Abraumbetrieben betragen beide Sonnabendschichten einschließlich ½ Stunde Pause **zwei Schichten 8½ Stunden. Soll aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen die unverkürzte Schicht beibehalten werden (!!),** so bedarf es hierzu einer Vereinbarung zwischen Werksleitung und Betriebsvertretung. In diesem Fall gilt die über 8 Stunden hinaus geleistete tatsächliche Arbeit als Ueberarbeit im Sinne des § 4 des Manteltarifvertrages.

3. In sonstigen durchlaufenden Betrieben (Fabrik, Kesselhaus, Maschinenbedienung, Schweiserei, chemischen Nebenbetrieben usw.) tritt keine Schichtverkürzung ein. Die über 8 Stunden hinaus tatsächlich geleistete Arbeit gilt als Ueberarbeit im Sinne des § 4 des Manteltarifvertrages.

4. Die verkürzten Sonnabendschichten sind als volle Schicht zu vergüten.

III. Ergänzende Bestimmungen zu I und II.

1. Soweit nicht in diesem Abkommen etwas anderes bestimmt ist, finden die im Manteltarifvertrag vorgesehenen Zuschläge für Ueberstunden auf Mehrarbeit im obigen Rahmen keine Anwendung. Für die auf Grund dieser Mehrarbeitsregelung sich ergebende Schicht hat der Arbeitnehmer Anspruch auf den in den Lohntafeln festgelegten Schichtlohn. Die Gedinge sind so zu stellen, daß die Verdienste der Unter-Tage-Arbeiter nicht tiefer sinken, als die Verdienste vergleichbarer Ueber-Tage-Arbeiter.

2. Soweit Bestimmungen des Manteltarifvertrages mit Bestimmungen des Mehrarbeitsabkommens in Widerspruch stehen, **gehen die Bestimmungen des Mehrarbeitsabkommens vor.**

Außerdem wurde eine aus drei unparteiischen Personen (!) die wirtschaftliche und sozialpolitische Erfahrungen haben, bestehende Kommission eingesetzt, die durch je einen Arbeitgeber und Arbeitnehmersachverständigen ergänzt werden kann.

Diese mit weitestgehenden Befugnissen auszustattende Kommission soll unterrichten, inwieweit die Verkürzung der Arbeitszeit wirtschaftlich durchführbar ist (!!). Bis zum 15. März 1927 muß die Kommission ihre Arbeiten beendet und ein Gutachten erstattet haben.

Auf Grund dieses Gutachtens sollen dann die Parteien bis zum 12. April 1927 eine gründsätzliche Regelung der Arbeitszeit **für die Zeit nach dem 30. April 1927 herbeiführen.**

Wir bringen diesen Schiedsspruch deshalb vollständig, weil er ein Dokument darstellt, daß selbst für diejenigen Proletarier, die sich inbezug auf die letzten Konsequenzen gewerkschaftlicher Lohnpolitik immer einer Illusion hingegeben haben, von erschütternder und im höchsten Maße aufreizender Wirkung ist. Dieser „Schiedsspruch" ist ein Freibrief der im wahrsten Sinne schrankenlosen Ausbeutung. Er spricht die Kohlenkapitalisten von allen, auch den winzigsten formalen Hindernissen frei, ihren Profit durch uneingeschränkten Verbrauch von Proletarierleibern zu sichern. Man muß sich vorstellen, daß zu einer im Prinzip zwölfstündigen Arbeitszeit und zwei Stunden Pausen, — zusammen also vierzehn Stunden — hinzu kommt der Weg von und zur Arbeitsstätte. Der bei den meisten Bergarbeitern mindestens weitere zwei Stunden in Anspruch nimmt, größtenteils noch mehr, so daß der „Schiedsspruch" eine **vierzehn- bis sechzehnstündige Arbeitszeit festlegt!**

Diese „Begrenzung" der Ausbeutung durch solche „Tarife" wird schon bedingt durch die physischen Grenzen der Ausbeutungsmöglichkeit überhaupt, ganz davon abgesehen, daß die Proletarier, die einer solchen Aussaugung unterworfen sind, nur noch Tote auf Urlaub sind, die bestenfalls in einigen Jahren zu einem Wrack geworden und, ausgepreßt wie eine Zitrone, beiseite geworfen werden.

Legt so diese Schichtungspraxis dem Ausbeutertum nicht die geringsten Schranken auf, so garantiert diese „Wirtschaftsdemokratie" andererseits jedoch den Kapitalisten die Innehaltung eines solchen „Vertrages" selbst dann, wenn durch besondere Umstände die Möglichkeit der Zerreißung eines solchen Sklavenvertrages möglich wäre. Die Gewerkschaften sind Vertragskontrahenten und schadenersatzpflichtig. Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes zu Sklavenhandelsunternehmungen herabgesunken, und unterziehen sich dieser Verpflichtung mit dem größten Vergnügen. Sie haben — und bestreiten dies gar nicht — gerade den Bergarbeitern mit allen Mitteln der Drohung, der Ueberlistung, und zuletzt mit **der Niederschlagung der Bergarbeiteraufstände** in den ersten Jahren nach der Novemberrevolte das Rückgrat gebrochen und sie in die Gruben zurückgetrieben, weil „nur Arbeit „uns" retten kann" und „Sozialismus" eben „Arbeit" wäre. Dieses Dokument ist der klassische und unumstößliche Beweis, daß die Rettung des Kapitalismus den ganz gewöhnlichen Sklaventod von Zehnermillionen bedeutet, wenn die Arbeiterschaft den unerhörten Verrat der Gewerkschaften und ihrer Zutreiber nicht rechtzeitig erkennt, und danach handelt.

Die Kehrseite dieser unerhörten Hetzarbeit war die Tatsache, daß auch bei den Bergarbeitern Tausende und Abertausende überflüssig wurden, und nun als Reservearmee im Hintergrunde stehen mit dem direkten Hunger nach einem Stück Brot für sich und ihre Kinder. Es ist sehr leicht, an sie zu „appellieren", an sie, die jeden Tag mit der Nase auf die Tatsache gestoßen werden, daß sie sowohl für die kapitalistische Gesellschaft als auch für die Gewerkschaften, von denen sich ihre Klassengenossen mit Haut und Haaren verkaufen ließen und weiter lassen, sich trotzdem nicht zum Streikbruch verleiten zu lassen. Eine erbärmliche, verlogene Phrase. Sie finden gar keine Gelegenheit, einen „Tarif", oder Streik zu brechen, weil erstens die „Tarife" lediglich die Legalisierung jeder Willkür für die Kapitalisten sind, und zweitens die Gewerkschaften jedem Streik von vornherein das Genick brechen durch ihre Tarifpolitik. So hungern die einen sich zu Tode — während die anderen sich zu Tode schuften und hungern — das ist die gewerkschaftliche „Solidarität".

In die Fesseln dieser „Solidarität" geschlagen, konnte es nicht anders kommen, daß während des englischen Bergarbeiterstreiks die deutschen Bergarbeiter von ihren

(Schluß Seite 2.)

„Zwischen zwei Welten der Revolution"

Neben und Hand in Hand mit der Rationalisierung vollzieht sich der Prozeß der Konzentration des Kapitals in und um die Großindustrie. Das Großkapital erzwingt den Zusammenschluß in nationalen und internationalen Rahmen. Es verengert in ständigem Maß den Produktionsapparat durch Stillegung der unrationell arbeitenden Betriebe. Durch Normalisierung und Typisierung wird auch noch die in der Spezialisierung liegende Produktionsquelle unterbunden. Die Wirtschaftsgeographie, welche bisher stark traditionell aufgebaut war, verändert sich vollkommen. Industrien, welche bisher infolge der Notwendigkeit gewisser Facharbeiterschichten an einen bestimmten Standort gebunden waren, werden infolge der stärkeren Industrialisierung und der damit ermöglichten Heranziehung ungelernter Arbeitermassen von ihren historischen Bedingungen losgelöst. Sie können jetzt die wirtschaftlich besten ausnutzbaren Gegenden für den Neuaufbau nehmen. Die Konzentration der Produktionsstätten erfolgt in immer stärkerem Maße in den Fundorten der industriellen Betriebsgrundstoffe, Kohle, Eisen, für Elektrizitätsgewinnung verwendbare Wasserkräfte. Großproduktion sind jetzt für die Wirtschaftsgeographie allein bestimmend. Der Großbetrieb in seiner vollendetsten Form ist die noch einzig mögliche Grundlage. Die Ausschaltung des mittleren und kleineren Betriebes hat besonders in den bisherigen Industriestaaten zu einer direkten wirtschaftlichen Revolution geführt. Es wurde dadurch ein starkes Mißverhältnis zwischen der Produktionsfähigkeit und der Ausnutzung des Produktionsapparates hervorgerufen, die selbstverständlich auch in der Dauerkrise der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt und deren wichtigste Ursache ist. Damit ist aber zugleich gesagt, daß eine Aenderung in der Arbeitslosigkeit nicht zu erreichen ist. Selbst im Fall einer Konjunktur würde es nur zu einer intensiveren Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der Großbetriebe kommen. Der beste Beweis ist die bei uns durch den englischen Bergarbeiterstreik hervorgerufene Konjunktur in der Kohlenindustrie. Auf 100 offenen Arbeitsstellen im Bergbau kamen im Januar 1926 bis 1951 Stellengesuche. Im Mai, als der Streik begann, betrug die Zahl 1767, im Juni 1715, Juli 1258, August 1120, September 922. In derselben Zeit, d. h. vom Mai bis September, sank die Zahl der Arbeitslosen im ganzen Reich von 1 781 154 Erwerbslosen auf 1 483 458, also um 300 000. Davon gehen 100 000 Ausgesteuerte ab, so daß nur noch eine Verringerung von 200 000 Arbeitern oder 11 Prozent übrig bleibt. Die Kohlenförderung im Ruhrrevier dagegen erhöhte sich von 3 066 000 t pro Arbeitstag auf 3 817 000 t, also um mehr als 29 Prozent. Die Zahl der neu beschäftigten Arbeiter auf den Ruhrbergbau allein berechnet, stellt sich noch günstiger für das Kapital, da sich dann die Arbeiterzahl nur um 6 Proz. hob. Im Bergbau war schärfste Hochkonjunktur und das Ergebnis 6 Prozent neu eingestellte Arbeiter und 29 Prozent Produktionsüberschuß. Dabei ist im Bergbau die Rationalisierung noch nicht soweit fortgeschritten, wie in der Maschinenindustrie. Außerdem vollzieht sich dieser Prozeß noch dauernd.

Wie weit die Ausnutzung der Betriebe geht, läßt sich ziffernmäßig schlecht feststellen. Die bürgerliche Statistik schweigt sich darüber meist aus. Man ist dabei auf einzelne Untersuchungen angewiesen. So wird der Leerlauf der Kohlenproduktion im Ruhrg

Maschinengattung	Dez. 1913	August 1924	Dez. 1925
Bohrhämmer	10 141	38 602	31 516
Drehbormaschinen	32	2 729	2 260
Abbauhämmer	189	23 088	35 666
Kohlenschneider	—	—	316
Großschrämmaschinen	13	—	522
Säulenschrämmaschinen	251	631	748
Schüttelrutschenmotore	1 672	5 909	6 195
Rutschenlänge (km)	104 842	—	361 954

Der Förderanteil stieg von 943 kg im Jahre 1913 auf 1105 kg im Mai 1926, also um 17 Prozent, das Einkommen des Arbeiters von 5,64 Mk. je Schicht auf 7,54 Mk. und die Lohnkosten pro t von 5,98 auf 6,82 Mk. Bei den beiden letzten Ziffern muß man berücksichtigen, daß die allgemeine Preiserhöhung ca. 50 Prozent beträgt, so daß in Wirklichkeit eine erhebliche Unkostenverringerung und zwar beim Einkommen des Arbeiters um 10 Prozent und bei den Lohnkosten um 25 Prozent eingetreten ist.

Das Statistische Amt Rußlands hat über die tatsächliche Ausnutzung der Produktionsfähigkeit eine Zusammenstellung gebracht. Wie diese zustande gekommen ist und welche Grundlagen dafür vorhanden waren, kann nicht beurteilt werden. Jedenfalls werden durch sie die von uns gemachten Angaben bestätigt. Für Amika beträgt der Durchschnitt 71 Prozent im Jahre 1924, 77 Prozent in 1925 und 78 Prozent im Juni 1926. Die Aufteilung für die Beschäftigung der deutschen Industrie wird getrennt nach den Betrieben wiedergegeben und läßt damit auch gleichzeitig die Entwicklung der Konzentration auf den Großbetrieb erkennen. Im Juni 26 waren 62 Prozent der Betriebe schwach, 26 Prozent mittel und nur 12 Prozent gut ausgenutzt.

Die Steigerung der Arbeitslosigkeit gegenüber 1913 kann wegen der fehlenden statistischen Unterlagen nicht einheitlich festgestellt werden. In Deutschland existieren aus der Vorkriegszeit nur Angaben der Gewerkschaften, während in England nur die Arbeitslosenversicherung herangezogen werden kann, die wegen der Nichterfassung der landwirtschaftlichen Arbeiter, eines Teiles der Eisenbahnarbeiter, der Arbeiter in öffentl. Betrieben wie der Hausangestellten unvollständig ist. Ohne Berücksichtigung Frankreichs empfiehlt sich deshalb nicht, weil die gegenwärtigen an anderer Stelle wiedergegebenen Zustände ein unklares Bild geben.

Deutschland.

	Arbeitslose Zahl der Gewerkschaftsmitglieder	Arbeitslose in %	Hauptunterstütz.-Empf.
1913	1 977 173	57 391	2,9
1924	3 670 719	434 950	13,1
1925	3 635 204	245 539	6,8
1926			
Mai	3 526 746	639 751	18,1
Sept.	3 368 198	513 364	15,2

	England. Zahl Versicherte	Arbeitslose in %
1913	2 207 326	3,7
1924	11 304 600	1 202 790 8,1
1925	11 608 500	1 337 848 10,5
1926		
Mai	11 892 000	1 719 369 14,5
Sept.	11 892 000	1 648 322 13,9

Danach hat sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland selbst im Stadium der Hochkonjunktur verschärft, während sie in England nur das Zweieinhalbfache erreicht und sich seit 1924 auf derselben Höhe hält.

Zusammenfassend müssen wir feststellen, daß die Produktions- und Welthandelsbilanzziffern an die Vorkriegszeit heranreichen. Die Weltmarktpreise liegen ungefähr 150 Proz. über dem Niveau der Vorkriegszeit. In einem großen Teil der an dem Weltmarkt beteiligten Länder ist es gelungen, eine stabile Valuta zu erzielen. Nur noch in Belgien, Frankreich, Italien und Polen herrschen Inflationszustände. Geändert hat sich der Produktionsapparat sowohl in der gesteigerten Produktion von Produktionsmitteln als auch in der Form der Intensivierung durch Rationalisierung auf technischem Gebiet und in der Ausnutzung der Arbeitskräfte. Mit verkleinertem Produktionsapparat wurde derselbe Umsatz erzielt. Wenn man die Steigerung des Konsums auf dem amerikanischen Kontinent und die Vermehrung der Bevölkerung in den letzten 13 Jahren berücksichtigt, ergibt sich ein starker Unterkonsum gegenüber der Vorkriegszeit. Es kommt noch hinzu, daß in derselben Zeit eine weitere „Erschließung" von ausländischen Märkten stattgefunden hat. Durch die starke Ueberflutung mit amerikanischem Kapital — seit 1924 bis Sept. 1926 sind abzüglich der Rückzahlungen Auslandsemissionen der USA. in Höhe von 3 Milliarden Dollar erfolgt — ist Europa zur Betriebswerkstätte Amerikas geworden. Sein Binnenkonsum ist sehr stark gefallen. Die Art der Entwicklung der Produktion und die Aussichten, die sich damit dem Proletariat eröffnen, zeigt deutlich auf eine weitere Zusammenschrumpfung der Produktionsbasis hin. Die Ueberspiegerung der Produktion, wie es in den letzten Jahren besonders in Amerika der Fall war, ist schon stark im Rückgang begriffen. Sie beruhte im wesentlichen auf der Exportfähigkeit Amerikas. Diese war eine Folge der starken Kapitalsemission, des damit eröffneten Kredites, und wurde aus der Akkumulation der Kriegs- und Nachkriegszeit bestritten. Das europäische Kapital sucht aber diese Abhängigkeit vom amerikanischen Kapital nach Möglichkeit einzuschränken und den Eigenverbrauch in stärkstem Maß herabzusetzen. Es wird dadurch ein erheblicher Rückschlag für Amerika erfolgen, zumal da eine Rückübertragung des investierten Kapitals auf immer größere Schwierigkeiten stößt. Das amerikanische Kapital sucht deshalb seine Macht in den europäischen Staaten zu internationalen Zusammenschlüssen unter seiner Direktion auszunutzen. Das Problem, das das Kapital nicht lösen kann, bleibt die Erzielung einer Uebereinstimmung zwischen Produktionstätigkeit und Absatz. Die Unterbringung der Produktion wird infolge der sinkenden Kaufkraft immer schwieriger und die sinkende Kaufkraft zwingt immer mehr zu einer Verkleinerung der Produktion. Die treibende Kraft ist der sinkende Profit. Die permanente Arbeitslosenkrise ist auch die permanente Krise des Kapitals. Sie entzieht dem Kapital nicht nur eine große Profitquelle, sie bildet auch eine steigende Belastung. In der Vorkriegszeit war eine steigende Produktion mit dem Realeinkommen bei erhöhter Bevölkerungszahl zu verzeichnen. Heute haben wir gleichbleibende Produktion mit teilweise leerlaufendem Produktionsapparat, sinkendes Realeinkommen mit sinkender Arbeiterzahl bei anwachsender Bevölkerung. Die durch das Kapital erschlossenen Länder sind als Absatzmärkte infolge Einrichtung eigener Industrien verloren gegangen oder werden verloren gehen. Neue Absatzgebiete vermögen nicht den Verlust wettzumachen. Es ist dadurch nicht nur eine Verlegung des Schwerpunktes der kapitalistischen Wirtschaft eingetreten, sondern der durch die bisherige Arbeitsteilung gegebene Ausgleich zwischen Rohstoff und Industriegebieten ist weggefallen. Die Industriegebiete verlieren ihre Absatzmärkte für die Industrieprodukte und umgekehrt die Rohstoffstaaten für ihre Rohstoffe, aber letztere mit dem Unterschied, daß sie den Ausfall durch den Betrieb in eigener Regie zum großen Teil wettmachen. Das europäische Kapital verliert bald und immer mehr an Auftriebsmöglichkeiten, damit wird auch der Entwicklung der außereuropäischen Rohstoffstaaten eine Grenze gesetzt. Auch dort wird der Rückgang des Exports und damit auch des Binnenkonsums zu einem Wettlauf der Rationalisierung führen. Die „Stabilisierung" wird sich als ein unterhöhltes Gebäude zeigen, die Widersprüche der kapitalistischen Ordnung werden die Situation beherrschen, trotz Moskau, das von den Arbeitermassen das Glaubensbekenntnis von der „Stabilisierung" des Kapitalismus verlangt, nicht zuletzt, um die aus der kapitalistischen Restauration Rußlands diktierte antirevolutionäre Politik zu rechtfertigen und durchzuführen.

Die Praxis der „Wirtschaftsdemokratie".

(Schluß von Seite 4.)

Gewerkschaften zu einer Streikbrecharmee für das internationale Kapital degradiert wurden. Sie haben nicht daran gedacht, als die Haldenbestände sich leerten, als die Aufträge kaum bewältigt werden konnten, als die Kohlenpreise und die Aktien im rasenden Tempo nach oben sausten, ihre eigenen Fesseln zu sprengen und von der Verweigerung der Arbeitskraft dann Gebrauch zu machen, als diese Verweigerung die Kapitalisten vor die Frage stellen konnte, entweder auf die Ausnützung der Streikbruchkonjunktur zu verzichten, oder dem Druck zu weichen. Die deutschen Bergarbeiter haben die englischen Bergarbeiter elendiglich verbluten lassen — und jetzt tritt ihnen, nach der Niederlage der englischen Bergarbeiter, die neue Konkurrenz jenseits des Kanals entgegen und das Resultat ist der Lohn für treue Dienste in Gestalt von Verträgen, die die in der Konjunktur auf die Spitze getriebene Ausbeutung von einer „Ausnahmeerscheinung" zum bleibenden Prinzip erhebt. Es bewährt sich die alte oft mit Füßen getretene, aber nicht tot getretene Wahrheit: Jeder Verzicht auf den Kampf gegen den Kapitalismus, jede Solidarität mit den eigenen Ausbeutern bedeutet Totengräberarbeit an der proletarischen Klasse.

So dröhnen die Glocken der geschichtlichen Alternative hartnäckig und monoton, wie sie das „Fest der Liebe" übertönen vom alten hinein ins neue Jahr. Sie läuten nicht nur den Bergarbeitern, sie läuten dem gesamten Proletariat. Sie läuten ihm monoton mit ehernem Klang die eherne Wahrheit vor:

Entweder weiter den Weg der „Wirtschaftsdemokratie", des kapitalistischen Aufbaues, des Verrats an der eigenen, der internationalen Arbeiterklasse — und damit den Weg in die Barbarei, oder den Weg der Solidarität, den Weg der Erkenntnis, daß die Stunde geschlagen hat, wo es gilt, einer bankerotten Gesellschaftsordnung und ihren Sklavenhaltern und Nutznießern ein Ende zu machen und sich zum Herrn der Gesellschaft aufzuwerfen: durch die Arbeiterdiktatur den Weg von der kapitalistischen Leibeigenschaft durch die revolutionäre Erhebung zum Kommunismus.

Der Bezzerwisser und der Dekabristen

Unter dem Namen „Dekabristen" (Dezember-Männer, vom russischen Dekabr-Dezember) sind in die Geschichte jene Männer eingegangen, die Ende Dezember 1825 die Urheber des ersten blutigen Aufstandes in Petersburg waren. Noch war das Proletariat in die Arena der Weltgeschichte als handelnde Klasse nicht eingetreten; die Bauernmassen trugen nach dem letzten blutig niedergeschlagenen Aufstand der Stephan Razin und Pugatschew noch das feudale Joch, aber im Dezember dröhnten auf dem Platz vor dem Winterpalais die Gewehrsalven, Soldaten marschierten auf Kommando der Aufwiegler mit Fahnen auf, der Generalgouverneur Miloradowitsch und hohe Würdenträger wälzten sich in ihrem Blute und der neuernannte Kaiser, Nikolaus I., tummelte sich höchst persönlich unter den „gemeinen" Volke und suchte diesem seine Ansprüche auf den Thron begreiflich zu machen. Nur einer kurzen Wintertag dauerte der Aufruhr, abends schwiegen bereits die kaiserlichen Kartätschen, und Nikolaus, eine der schlimmsten Bestien unter den Romanows, saß fest auf seinem Thron.

Wenn wir als Marxisten nach der Basis dieses Aufstandes suchen, so finden wir sie in dem Widerspruch, der zwischen dem sozialen Streben und den ökonomisch-politischen Verhältnissen des damaligen Rußland lag. Die Leibeigenschaft der Bauern war zu einem schädlichen Hemmschuh für die Entwicklung des Handelskapitals geworden, das damals eine beträchtliche Entwicklung angenommen hatte. Rußland betrieb einen ansehnlichen Getreidehandel, vor allem mit England, und die fortgeschrittenen Geister jener Zeit sahen ein, daß Sklavenarbeit der Entwicklung hinderlich ist. Abschaffung der Leibeigenschaft wurde zur Parole der damaligen bürgerlichen Freiheitsbewegung.

Rein äußerlich gesehen, war der Dekabristen-Aufstand ein Putsch adeliger Offiziere, die nach dem im November 1825 erfolgten Tode des Zaren Alexander I. den Thronwechsel benutzen wollten, um eine Staatsveränderung hervorzurufen. Fraglich ist die Beteiligung hatten in der, damaligen Gutsbesitzerklasse, der damaligen Trägerin der Kultur, die verschiedensten Formen. Schon Katharina II. die „aufgeklärteste" Despotin, hatte mit den Ideen eines Voltaire geliebäugelt, ihr Enkel Alexander I., der „Erlöser" Europas von Napoleon, begte in seiner ersten Regierungszeit allerhand Reformpläne. Freilich, der kaiserliche Berater, Speranski, geriet dann in Ungnade, der Herrscher versank vollends in Mystik und die finstere Reaktion der „Heiligen Allianz", die sich nach den napoleonischen Kriegen über Eropa ingerte, nahm im rückständigen Rußland die Form brutalster Unterdrückung an. Der feingebildete Adel, zum Teil genährt von den Traditionen der großen französischen Revolution, schwärmte von „Freiheit". In den adeligen Kadettenschulen las man die Aufklärer des 18. Jahrhunderts; man lernte auf Reisen den fortgeschritteneren Westen kennen und man wünschte sich eine Konstitution herbei, die die Rechte des Absolutismus einschränkte. Palastrevolutionen waren etwas Gewöhnliches in Sankt Petersburg. Noch keiner der Romanows war eines natürlichen Todes gestorben. Der Adel hatte Erfahrung im Konspirieren. Die „Geheimgesellschaften" am Anfang des 19. Jahrhunderts vereinigten einige Tausend Mitglieder. Von ihnen bekannt sind: Der „Nordische Bund", der „Südliche Bund", die panslawistische „Gesellschaft der vereinigten Slawen" u. a. m. Die Bestrebungen dieser Geheimorganisationen waren recht unklar. Es waren keine Sozialisten, sie steckten alle bis über die Ohren in den religiösen Vorstellung ihrer Zeit, sie wollten nicht „Freiheit und Gleichheit" für alle, im Gegenteil, sie waren typische Repräsentanten ihrer Klasse, und selbst von Pestel, dem bedeutendsten der Dekabristen, den Puschkin als den größten Verstand seiner Zeit pries, weiß man, daß er die Soldaten seines Regiments mit Stockhieben zur Raison brachte. Fast alle Dekabristen waren Freimaurer, und der Freimaurerorden war damals die Schule, in dem sich neben mystischem Hokuspokus allerhand „freiheitliche" Ideen verbargen.

Die Dekrabisten hatten kein klares, politisches Programm. Pestel propagiert in seinem politischen Testament der „Russischen Wahrheit" eine Art konservative Republik, sowie Abschaffung der Stände. Der Staat soll einheitlich sein; so empfiehlt er, alle fremden Nationalitäten zu russifizieren. Andere Dekrabristen gingen sogar über den Rahmen der Monarchie nicht hinaus, ihnen schwebte etwas vor, wie die Rolle der konservativen Torys in England. Den Kernpunkt bildete aber die Frage der Leibeigenschaft. Die Dekabristen sind für die Abschaffung der Leibeigenschaft, aber selbst Pestels Agrarprogramm ist ein Kompromiß: er beharrt auf dem Prinzip des Privateigentums, will zwar wie die Jakobiner, den Grund und Boden expropriieren, doch aber mit sehr starken Einschränkungen.

Der erste Punkt der Verschwörung war die Ermordung des Kaisers. Das Aktionsprogramm war bereits 1824 fertig. Die Dekabristen planten, während der Manöver 1826 den Zaren zu töten und, gestützt auf die Armee und Marine, den Umsturz zu proklamieren. Der spanische Aufstand Riegos 1820, die Revolution in Neapel und Piemont feuerten die Verschwörer noch noch mehr an. In Petersburger Salons sprach man vom Kaisermord. Der unerwartete Tod Alexanders im November 1825 zwang die Verschwörer zum raschen Handeln. Der rechtmäßige Thronfolger, der jüngere Bruder Alexanders, Konstantin, damals Vizekönig von Polen, ein notorischer Verbrecher, hatte abgedankt zugunsten des jüngeren Bruders Nikolaus. Als nun im Dezember auf dem Senatsplatz die Vereidigung für Nikolaus stattfinden sollte, traten die Dekabristen mit ihren Truppen in den bewaffneten Aufstand. Der Aufstand war schlecht vorbereitet. Die Teilnehmer glaubten selbst nicht an den Erfolg, aber sie „gingen in den Tod" im Namen der höheren Idee. Die Rebellen verbreiteten Flugblätter, die den Bauern Freiheit, die den Soldten eine Herabsetzung der Dienstzeit um 15 Jahre versprächen. Nikolaus, gestützt auf den reaktionären Teil des Adels, all die baltischen Benkendorfs, Kankbarts, Frederiks usw. leiteten selbst die Niederkartätschung der Rebellion. Fünf Dekrabristen wurden im Sommer 1825 gehängt, viele wanderten nach Sibirien, legten als erste politische Sträflinge den Weg zurück, den hundert Jahre lang Tausende von proletarischen Freiheitskämpfern gingen.

Die Persönlichkeiten dieses historischen Dramas, so verschieden sie alle waren: der zielbewußte starke Pestel, der schwärmerische Dichter Ryljeew, der gütige und fromme Murawjew, Apostel genannt, der geblödete Lunin, der russische Patriot, der deutsche Küchelbäcker und andere — sie handelten alle aus reinsten und edelsten Motiven. Freilich, ihnen fehlte jede Tradition der Illegalität. Als der Henker Nikolaus seine Opfer „kameradschaftlich" in eigener Person vernahm, gingen die Offiziere auf den Leim und mancher von ihnen legte beiße Reue an den Tag, bis der Tag kam, wo der liebenswürdige Zar sie aufs Schaffot schickte. Selbst auf dem Schaffot noch küßten sie das vom Priester hingehaltene Kreuz. Und die am Leben geblebenen suchten in den Bergwerken Sibiriens ihren Trost „in Christo". Sie waren Kinder ihrer Zeit, sie alle gingen unter, aber ihr wagemutiger Versuch ist für die Geschichte nicht verloren gegangen. Der bürgerliche Revolutionär Alexander Herzen schrieb 1858 mit Recht: Die moralische Wirkung des Dezembertages war ganz erstaunlich. Die Kanonen des Isaakplatzes weckten eine ganze Generation auf. Bis dahin hatte man an die Möglichkeit eines politischen Aufstandes nicht geglaubt, der mit bewaffneter Faust sich inmitten von Petersburg gegen den Giganten, den kaiserlichen Zarismus, erhob.

Die Einheitsfront Stalin-Hindenburg und die Logik ihrer Verteidiger

Was sich die Prominenten der KPD. anläßlich der Granatenaffäre bis heute geleistet haben, übersteigt alle Grenzen. Wir können nur immer die markantesten Einschlagstellen registrieren, die die Leninisten mit Hilfe einer einzigartigen „Dialektik" gern überspringen möchten, doch dies dürfte schon vollkommen genügend sein. Die erste Behauptung war bekanntlich, daß es sich nicht um einen Vertrag mit der deutschen Regierung handele, sondern „nur" um eine harmlose Granatenkonzession der Junkerwerke als eine Privatfirma. Diese an sich schon sehr starke Zumutung, daß an der deutschen Rüstungsindustrie, die doch nun einmal für die deutsche Reichswehr der deutschen Ausbeuterklasse arbeitet, die deutsche Regierung gar nicht beteiligt sei, wäre an sich schon genügend, um das Bestreben der deutschen Stallbeamten zu durchschauen, jeden Verrat am Proletariat um jeden Preis zu decken. Heute ist diese Verlegenheitslüge vollständig entlarvt.

Wie reagiert nun die KPD. darauf? Ganz einfach: Die „Rote Fahne" bringt am 25. Dezember eine lange Rechtfertigung und überschreibt die bis dahin bestrittene Tatsache dreist und gottesfürchtig:

„Die Sowjetunion denkt an ihre Verteidigung."

Was wollt ihr also? Die deutsche Rüstungsindustrie wurde von der deutschen Regierung nach Rußland verlegt, um — der „Weltrevolution" zu den nötigen Waffen zu verhelfen. Daß die deutschen Proleten eine solche revolutionäre Regierung haben, die der „eisernen Kohorte der Revolution" die Waffen liefert, um selbst damit erledigt zu werden — diese bis heute unentdeckte Tugend der deutschen Kapitalistenklasse wäre sicher ein Geheimnis geblieben — wenn die KPD. nicht gewesen wäre. Nun braucht uns um den „sozialistischen Aufbau" wirklich nicht mehr bange sein! Moskau wird die paar „altralinken Menschewisten" die paar „KAPD.-Konterrevolutionäre" leicht verschmerzen können. Die Weltrevolution marschiert mit Hilfe der Hindenburg-Republik mit Hilfe der deutschen Rüstungsindustrie und der weißen und schwarzen Reichswehr. Und wer es nicht glaubt, der lese in der „Roten Fahne" vom 25. Dez. nach, dort heißt es am Schluß ausdrücklich:

„Die ganze Produktion der Fabriken, die in Zusammenarbeit mit den deutschen Industriellen errichtet wurden, und von denen oben die Rede war, ist in der Sowjetunion geblieben."

Angesichts einer solch weltbezwingenden „Dialektik", ist es nicht verwunderlich, daß die KPD.-Prominenten von einer Blamage in die andere taumeln. Es scheint ihnen nämlich bei ihrer eigenen Logik nicht recht wohl zu sein. Bei dieser rrevolutionären „Verteidigung der Sowjetunion", hat nämlich die völkerbefreiende Sozialdemokratie Pate gestanden. Also endlich einmal eine revolutionäre Tat, — wenn man die leninistische Dialektik gelten lassen will. Aber die Leninisten sind auch damit nicht zufrieden, die „Rote Fahne" schreibt:

„Alle diese Tatsachen sind nicht nur den deutschen Industriellen, sondern auch den Führern der deutschen Sozialdemokratischen Partei seit Jahr und Tag bekannt. Es ist selbstverständlich, daß die Industriellen, die in allen Ländern große Transaktionen stets ohne die Zustimmung oder wenigstens die Information ihrer Regierung unternehmen, die Reichsregierung auch über ihre Pläne in bezug auf die Eroberung des russischen Marktes unterrichtet haben. (Vor Tisch sprach man anders. Red. d. „KAZ".) Um so mehr als die Industriekapitäne jener Zeit ganz raffiniert unter dem Vorwand, daß sie es sind, die dem deutschen Staate neue Lebensmöglichkeiten verschaffen, es verstanden haben, dem Reiche immer neue kolossale Liebesgaben zu entlocken. Das gelang ihnen um so leichter, da in den damaligen Reichsregierungen sozialdemokratische Minister saßen, die sozialdemokratischen Präsident an der Spitze des Staates stand, die sich freudig die Anregungen der Industriellen annahmen, um den Schein zu erwecken, als ob sie irgendetwas für die deutsche Wirtschaft, und somit für die deutsche Arbeiterklasse, tun."

Da steht die machtlos vis à vis. Die Sozialdemokraten fördern die Verteidigung der „Sowjet-Union" — und schweigen. Das war bis heute, nach den Moskauer Beamten, kein Verrat. Ein Verrat wäre es nach dieser Granatenlogik gewesen, wenn die Sozialdemokratie der deutschen Konterrevolution in den Rücken gefallen wäre, denn diese deutsche Konterrevolution durfte um keinen Preis gehindert werden, — die Weltrevolution vorwärts zu treiben! Der Verrat besteht auch nicht darin, Er besteht — immer nach der Granatenlogik — darin, daß die SPD.-Ministerlinge **„den Schein erwecken, als ob sie irgend etwas für die deutsche Wirtschaft und somit für die deutsche Arbeiterklasse tun".** Also auf gut deutsch: Der Verrat der Sozialdemokraten bestand darin, daß sie mithalf, der „Eisernen Kohorte der Revolution" die Rüstungsindustrie der deutschen Kapitalsrepublik zur Verfügung zu stellen, aber — festhalten! — „den Schein erwecken, als ob sie etwas für die deutsche (kapitalistische!) Wirtschaft und somit (einfach toll!) für die deutsche Arbeiterklasse tun." Wir können also dieses Kapitel schließen, indem wir das Eingeständnis der „Roten Fahne" festhalten: **Wer den Schein erweckt, daß die „Verteidigung der Sowjetunion" etwas mit den Interessen des Proletariats zu tun hat, das ist ein ganz gewöhnlicher Verräter an Proletariat!**

•

Wir wissen nicht, ob den Soldschreibern Moskaus zum Bewußtsein kommt, daß sie sich doch selbst als dieselben Verräter entlarven. Sie haben doch ebenfalls **„den Schein erweckt"**, und haben ebenfalls **geschwiegen.** Aber dieses wahrhaft mitleiderregende Gestammel entspringt offensichtlich einer völligen Kopflosigkeit von Leuten, die eben befehlsmäßig alles verteidigen müssen, und naturnotwendig bei ihrer Verteidigung — wenn auch ungewollt — sich selbst richten.

•

„Die Auguren lächeln."

Anläßlich der nunmehr bekannt gewordenen Tatsache, daß das Reich mit Junkers einen Vertrag schloß, in dem das Reich auf die Rückzahlung der an die Junkerswerke gegebenen Kredite verzichtet, und die Aktien (es waren 80 Prozent der Aktien in Händen des Reiches) ohne jede Entschädigung zurückgibt, sind der „Roten Fahne" nun sämtliche Felle weggeschwommen. Sie glaubt, die eigenen Anhänger mit folgendem stinkenden Brocken bei der Stange halten zu können, die sie mit obiger Ueberschrift ziert:

„Die niederträchtigste Rolle bei diesem neuen Korruptionsverbrechen spielte die sozialdemokratische Führerschaft. Die von der SPD. unterstützten Lügenmanöver (die eigenen Gegenstände sind anscheinend auch „Lügenmanöver", Red.) des „Manchester Guardian" dienten dazu, die freche Schiebung vorzubereiten. Nun, da die Schiebung gelungen ist, schreibt das sozialdemokratische „Hamburger Echo" vom 23. Dezember zum Junkers-Vertrag unter der Ueberschrift: „Eine Folge der Entbüllungen' u. a.:

„Der Kenner wird obige Nachricht mit einigem Lächeln zur Kenntnis nehmen. Er wird auch in diesem Falle die Kunst der amtlichen Verlautbarungen bewundern, die schwerwiegende Mitteilungen in der leichtesten und anspruchslosesten Form wiederzugeben weiß. In Wahrheit bedeutet obige Nachricht nichts mehr und nichts weniger als die Tatsache, daß Reichsverwaltungsbehörden von Junkers und damit das Treiben des Rückversicherungsbüros von Junkers aufdeckten. Die Artigen Magistraten und das Gesamtkabinett waren von diesen Vorgängen nur oberflächlich unterrichtet und etwa in der Art, daß es sich um die Rettung der friedlichen deutschen Luftschiffahrt vor dem Zugriff der Entente handle."

Die SPD.-Führer lächeln . . . Auf Kosten der proletarischen Steuerzahler und der hungernden Arbeitslosen werden einige Großbanken vielen Millionen geschenkt; die SPD.-Führer lächeln, weil sie erreicht haben, daß der europäische Imperialismus sich mit Junkers-Kriegsflugzeugen bewaffnen kann. Sie wissen, daß diese Kriegsflugzeuge gegen die Sowjetunion verwendet werden sollen."

Guten Appetit! Jetzt, wo keine Gelegenheit mehr vorhanden ist, durch die Bewaffnung der „Sowjetunion" den Schein zu erwecken, als ob damit irgend etwas für die deutsche Arbeiterklasse getan wäre, müssen die Arbeitslosen und die Steuerzahler wieder herhalten. Früher natürlich nicht. Denn trotzdem das alles mit den Interessen des Proletariats eingestandenermaßen nichts zu tun hatte, handelte es sich doch nicht um eine so gewöhnliche Korruption wie jetzt. Früher war das eine „revolutionäre" Korruption, zu der die KPD. und SPD. schwiegen. Da hat man den Arbeitslosen erzählt, daß das Bündnis Hindenburg-Stalin den Arbeitslosen Arbeit bringt. Jetzt übernimmt die Herstellung der Munition für die Reichswehr die deutsche Republik selbst. Und die Junkers-Flugzeugwerke gehen als „private" Firma (wie die „Rote Fahne" vom 8 Dezember schreibt) nach England. Die „revolutionäre" Forderung der KPD. besteht nun darin, daß Junkers dafür bestraft wird, daß „die ganze Produktion" seiner Fabriken „in der Sowjetunion geblieben ist." Die Tatsache jedoch, daß das Reich hübsch die Kosten bezahlt, beweist, daß die Geschichte sich doch wohl gelohnt haben muß. Wir erwarten schon den Zeitpunkt, wo die „Rote Fahne" eingestehen wird, daß je nur „ein paar Granaten" und Flugzeuge nach Deutschland kamen, und daß Granaten an sich gar nicht gefährlich werden, wenn damit geschossen wird.

Die KPD. stützt sich heute noch darauf, daß die kapitalistische Republik aus außenpolitischen Gründen die Karten nicht aufdecken wird. Die KPD. stützt sich darauf, daß die Aufdeckung dieser Schurkereien am Proletariat in ihren Einzelheiten den kapitalistischen Interessen der deutschen Kapitalsrepublik nicht dienlich ist, trotzdem die zugegebenen Tatsachen eigentlich vollkommen genügen. Rußland hat nach Abberufung der deutschen Rüstungsindustrie die Zusicherung erhalten, daß es von der Hindenburg-Republik bezüglich der Vertuschung der tatsächlichen Vorgänge im weitgehendsten Maße unterstützt wird. Die KPD. hingegen wurde verpflichtet, anderweitige Waffenschiebungen zu dulden und darüber zu schweigen. Koenen hat laut „Rote Fahne" vom 17. Dezember im Reichstag die Zuhälterrolle der KPD. in folgender unverschämter Offenheit zugegeben:

„Wir sind inzwischen auch den Dingen nachgegangen, — was für andere Munitionstransporte auf der Ostsee herumschwimmen. Wenn wir über die Munitionstransporte reden wollten, würde wieder das ganze Haus über Landesverrat schreien, und es würde dabei für die von der Sozialdemokratie bisher gestützte Geßlerregierung nichts „Günstiges" herauskommen."

Dieses Eingeständnis allein schon charakterisiert den „Kampf" der KPD. Aber sie muß um den Preis der sofortigen und völligen Selbstvernichtung schweigen. Sie hat sich verkauft wie ein Polizeispitzel, dem solange die Strafe früherer Verbrechen erlassen wird, solange er ein williges Werkzeug seines Brotgebers bleibt. Das revolutionäre Proletariat weiß längst, daß von der Bonzokratie Stalins nichts weiter mehr zu erwarten ist, als Arbeiterverrat, der für sie ein einträgliches Geschäft bedeutet. Aber wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß die ehrlichen Kommunisten in der KPD. endlich einmal mit einem Donnerwetter zwischen die Einheitsfront des Klassenverrats zu Gunsten der kapitalistischen Intrigen fahren werden. Oder wollen sie sich durch eine falsche Solidarität mit solchen „Auguren" zum Gespött der konterrevolutionären Sozialdemokratie und der Gewerkschaften herabwürdigen lassen?

Zustände

Wir entnehmen dem „Vorwärts":

Von der allgemeinen Notlage im Waldenburger Industriegebiet werden besonders hart die Schulkinder der Arbeiterschaft betroffen. Zahlreiche Kinder müssen bei ungünstigem Wetter vom Schulbesuch befreit werden, weil sie kein Schuhwerk haben. Der Gesundheitszustand der Kinder ist der denkbar angünstigste. Trotzdem haben einige Gemeinden bereits in diesem Etatsjahr alle Aufwendungen für Schulzwecke streichen müssen. Weitere Gemeinden werden im kommenden Etatsjahr zur völligen Auflösung oder zu erheblichen Einschränkungen der Aufwendungen der Schulzwecke kommen müssen, weil ihnen die erforderlichen Mittel für die notwendigsten Aufwendungen fehlen. Der Kreis und die Gemeinden sind aus eigener Kraft außerstande, zur Behebung dieser außerordentlichen Notlage wesentliches zu tun."

Wirtschaft

Krise in ganz Europa

Steigende Erwerbslosenziffern in Berlin.

In den 4 Tagen von Montag, den 20. bis Donnerstag, den 23. Dezember, stieg die Ziffer der Berliner Arbeitslosen wieder um 2634. Es waren 263 093 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen gegen 260 454 der Vorwoche. Darunter befanden sich 165 683 (163 445) männliche und 97 410 (97 009) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 110 369 (109 154) männliche und 61 165 (60 524) weibliche, insgesamt 171 545 (169 678) Personen. Außerdem wurden noch 34 207 (36 586) Personen durch die Erwerbslosenfürsorge der Stadtgemeinde Berlin und von der Krisenfürsorge 10 974 (6266) Personen unterstützt. Bei Notstandsarbeiten wurden 8377 (8378) Personen beschäftigt. Die Zahl der zu gemeinnützigen Pflichtarbeiten Ueberwiesenen betrug 65 gegen 81 der Vorwoche.

Die Steigerung ist in den Tagen vor Weihnachten etwas geheimnt worden, da Einstellungen von Verkaufspersonal und Gastwirtsgehilfen etc. für das Weihnachtsgeschäft stattfanden. Die eigentliche Arbeitslosenflut wird in der Woche nach Weihnachten einsetzen, und sich im Januar zur Katastrophe steigern.

Katastrophal steigende Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Schon die teilweise Stützung des Franken wirkt in Frankreich verheerend. Die Schleuderkonkurrenz hört auf, die Arbeitslosigkeit wächst lawinenhaft an. In der letzt wichtigsten Industrie, im Pariser Bekleidungsgewerbe, sind 60 Prozent aller Arbeiter arbeitslos. In der Eisenindustrie sind 50 Prozent der Arbeiter arbeitslos. Fast dieselbe Höhe erreicht die Ziffer in der Autoindustrie. Die Metallindustrie weist unter ihren 250 000 Arbeitern mehr als 20 000 Arbeitslose auf. Die Textilindustrie geht rapid zurück, die Lage ist verzweifelt.

Im Bezirk Roane sind je meisten Betriebe geschlossen. Die Hälfte der Belegschaften ist erwerbslos. In Lyon sind schon 4000 Textilarbeiter arbeitslos. In Calais wird fast nur noch Kurzarbeit geleistet, über 60 Prozent der Belegschaften sind Kurzarbeiter, die nur 3 oder 4 oder sogar nur 2 Tage in der Woche arbeiten. In Romilly-sur-Seine arbeitet die Textil- und die Kautschukindustrie nur mit 20 Prozent ihrer Belegschaften. Im Baugewerbe herrscht Saisonarbeitslosigkeit, die Arbeitslosigkeit ist viel stärker als in früheren Jahren. Die chemische Industrie in Marseilles hat fast vollständig stillgelegt. Ebenso die Keramische Industrie in Limoges, Honfleur usw. In der Pariser Parfümindustrie wächst die Erwerbslosigkeit zusehends. Die Lederindustrie liegt in den Hauptzentren Paris, Limoges, Arpajon usw. völlig still. Auch im Druckereigewerb, in der Lebensmittel-, Glas- und anderen Industrien geht der Absatz schnell zurück und die Arbeitslosenziffern in die Höhe. Die Staats- und Kommunalbetriebe beginnen ebenfalls mit Entlassungen.

Einer der größten Textilbetriebe des Norddepartements hat in der vergangenen Woche 1000 Arbeiter entlassen. In der Schuhindustrie zählt man in Fougères 1200 Arbeitslose, in Limoges 1500. Die Spitzenindustrie ist in gleicher Weise betroffen. In Calais hat das größte Werk 900 von seinen 2000 Arbeitern entlassen und außerdem die Arbeitszeit um die Hälfte herabgesetzt. Die Vereinigten Französischen Stahl

sind längst von der Teuerung wettgemacht und durch Mehrarbeit weit überholt. Das Kapital steht international vor, das polnische, wie das französische sowohl als das deutsche. Auf die Provokationen der Textil-, Schuh- und Kohlenbarone weiß der Vorwärts (28. Dez., Morg.) nichts weiter zu erwidern, als von der verletzten „Rechtslage" durch die Unternehmer und vom „Schandfleck deutscher Sozialpolitik" zu jammern, während die KPD. durch Kleinbürgerkongresse und Schwindelparole das Proletariat von der drohenden Lage und seinen revolutionären Aufgaben ablenkt.

Aus der Bewegung

Ein Internationale der Sekretärschleifer?

In dem Pressedienst der IAA. (Internationale Arbeiter-Assoziation), eine internationale syndikalistische Verbindung, lesen wir:

„Gründung einer syndikalistischen Bauarbeiter-Internationale.

Im Anschluß an den Kongreß des französischen Bauarbeiter-Kongresses fand die internationale Konferenz syndikalistischer Bauarbeiterföderationen statt.

Anwesend waren: Bauarbeiterföderation Deutschlands, vertreten durch Gen. R. Buth; Bauindustriearbeiterföderation Schwedens, vertreten durch Gen. F. Severin; Bauarbeiterföderation Hollands, vertreten durch B. Lansink jun.; Bauarbeiterföderationen Frankreichs, vertreten durch Gen. Jouve, Vagneron, Bourgeux, Boisson; Bauarbeiterföderation Portugals, vertreten durch J. Miranda; Genosse Pestanna aus Spanien wurde durch Verhaftung am Erscheinen verhindert.

Das Ergebnis der Konferenz war die Bildung einer internationalen Bauarbeiterkampfgemeinschaft, die den Namen trägt: Internationale syndikalistische Bauarbeiterföderation. Für die Dauer von zwei Jahren wurde ein Sekretariat aus vier Personen gewählt, das aus den Genossen B. Lansink jun., Holland, Jouve, Frankreich, und Buth, Deutschland, besteht. Für den Sitz des Sekretariats wurde Holland gewählt. Von dort soll auch der vierte Genosse in das Sekretariat hinzugewählt werden.

Der Beitrag wurde auf 10 holländische Cents pro Mitglied und Jahr festgesetzt. Zweck und Aufgabe dieser Internationale besteht in gegenseitiger internationaler Unterstützung bei den praktischen Klassenkämpfen, Vermittlung von Informationen über Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen, Auskunft bei Aus- und Einwanderungen der Bauarbeiter, Unterstützung bei internationalen Streiks, Durchführung internationaler Boykotts usw."

Der Syndikalismus zeigt bei jeder Gelegenheit, daß er bei näherem Zusehen weiter nichts ist als der etwas zurückgebliebene Zwillingsbruder der Amsterdamer Internationale. Jeder einfache Proletarier kann heute schon die Tatsache greifen, daß die erste Voraussetzung eines ernsthaften Kampfes gegen den internationalen Kapitalismus ist: die Vereinigung der Klasse über die Berufe hinaus. Daß der Kampf der Maurer für sich, der Kampf der Metallarbeiter für sich „praktischer" Reformismus ist, der, wie gerade der englische Bergarbeiterstreik zeigt, keinerlei objektive Grundlagen mehr besitzt, das alles hindert den kleinbürgerlichen Syndikalismus nicht, den Fußtapfen der Amsterdamer Berufsreformisten in angemessenen Abständen zwar, aber doch eben so rasch als möglich, nachzutreten. Daß der „Internationale" der Bergarbeiter noch keine solche der Bierkutscher, Scherenschleifer oder Lumpensammler gefolgt ist, ist lediglich der Tatsache zu verdanken, daß auch der syndikalistische Reformismus nicht in den Himmel wachsen kann, weil die internationale Kapitalskrise jedem Reformismus den kräftigenden Regen ungehemmter kapitalistischer Expansion entzieht. Trotzdem und gerade deswegen muß das klassenbewußte Proletariat immer wieder darauf hinweisen, daß diese syndikalistischen Vereinsmeierei nur im Interesse „besserer" Führer liegen, niemals im Interesse der Klasse, die ihrem Schicksal nur entrinnen kann, wenn sie sich international und international nach dem Prinzip der Betriebsorganisationen auf der Grundlage der zentralisierten Rätеorganisation organisiert mit dem bewußten Ziel des Sturzes der kapitalistischen Ordnung.

Weißenfels

Hier hat am Sonntag, den 19. Dezember, eine Versammlung der „Entschiedenen Linke" stattgefunden. Sie währte von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. Anwesend waren 450 Personen. Schwartz von der E. L. referierte.

Schwarz brachte in seinem Referat ein derart erdrückendes Material gegen die KPD., daß dem herbeigeeilten Lademann als dem politischen Verleiter des Bezirks Halle, Merseburg, die Spucke fortgeblieben ist. So verlegte er sich auf Fälschungen. Er erklärte ein Zitat aus der Inprekorr. als gefälscht, und „bewies" dies damit, daß er erklärte, die betreffende Nummer bei sich zu haben und „beweisen" wollte, daß dort nichts von dem Gesagten enthalten sei. Zum Glück hatte ein anderer Genosse die betreffende Nummer zur Hand, und so konnte Lademann als Fälscher angeprangert werden. Er zeigte nämlich dreist und gottesfürchtig eine Nummer anderen Datums vor in der Hoffnung, daß seine Person eine genügende Garantie dafür sei, seine Lügen unbesehen als Wahrheit hinzunehmen.

So abgeblitzt, purzelte er außerdem aus der künstlich konstruierten Logik des Leninismus. Er warf dem Referenten und den in der Diskussion sprechenden Genossen der KAPD. vor, mit Demagogie zu operieren. Sie verlangten, so argumentierte er, einen „sozialistischen Aufbau" in einem Lande, von dem die Genossen der KAPD. doch selbst behaupteten, daß die ökonomischen Voraussetzungen einfach fehlen und nur ein Demagoge könne von anderen verlangen, was er selbst nicht für möglich hält. Unsere Genossen machten ihn dann darauf aufmerksam, daß er, der selbst den Aufbau im sozialistischen Sinne bezweifle, nach der Theorie der 3. Internationale bzw. Stalins ein Agent Chamberlains sei. Seine Aufgabe bestände doch gerade darin, den „sozialistischen" Aufbau zu beweisen, und nicht die kapitalistische Politik der Bolschewiki damit zu entschuldigen, daß sie vor einer unmöglichen Aufgabe stünden. Das Fiasko war im zweiten Teil dieser „Taktik" endgültig. Sowas nennt sich politischer Leiter von Mitteldeutschland. Singend und gröhlend zog er mit seinen Mannen von dannen.

Von Halle war dann außerdem ein aus der KPD. hinausgeworfener früherer Redakteur, der den „Linken" spielen möchte, herbeigeeilt, um dort in aller Oeffentlichkeit seinen „Fehler" einzugestehen, um wieder in Gnaden aufgenommen zu werden. Springsinsfeld heißt diese Blüte, von der jeder Arbeiter in Halle weiß, daß er niemals besoffen ist, wenn er kein Geld und keinen Spender hat — sonst aber immer. Seine schmierige Anbiederei trug sicherlich dazu bei, das Ansehen der KPD. in Halle und darüber hinaus, in Mitteldeutschland, zu erhöhen, wenigstens ist der „Klassenkampf" in Halle von den „interessanten" Ausführungen dieser Nulpe ungeheuer begeistert, wie er die KAPD. zum sonnsovielten Male als „Sekte" und „Grüppchen" erledigt.

Diese Versammlung hat eingeschlagen wie ein Blitz aus heiterem Himmel und der „Klassenkampf" wußte auf die Argumente und Dokumente, mit denen die konterrevolutionäre Politik der KPD. angeprangert wurde, außer einigen schaudrigen Bemerkungen und der frechen Behauptung, daß die Dokumente „gefälscht" seien, kein Wort zu erwidern. Und das ist fürs erste genug. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo die Arbeiter sich überzeugen wollen, ob und was gefälscht ist — und dann auch die wirklichen Fälscher erkennen werden.

Der RFB. im Zerfall

In einem Brief an die KAZ. schildert ein Genosse die Beweggründe seines Austritts aus dem RFB., der wir die wichtigsten Stellen entnehmen:

Anfang Juli veröffentlichte die „R. F." den Beschluß der KPD.-Leitung, Zellen im RFB. zu schaffen, um sie 100prozentig zu bolschewisieren." Denn von den Bundesmitgliedern waren ca. 95 Prozent parteilos und 80 Prozent gewerkschaftlich unorganisiert. „Hinein in die Gewerkschaften und KPD.", wurde die Losung. Aber die Kameraden, denen man vorredete, der RFB. sei eine militärische Organisation, wollten Taten sehen. Es entstand eine Opposition, welche die beispiellose Korruption und eine KPD.-Herrschaft schlimmster Sorte im „überparteilichen" RFB. ans Tageslicht brachte. Die Zellen gingen dazu über, als Zug- und Abteilungsfunktionäre ihre für die KPD.-Führung ungefährlichen Kandidaten durchzusetzen.

Ich will dafür etliche Illustrationen geben: Das Vorgehen der Bundesleitung im Falle des Kameraden Schwarz in Lichtenberg und Mansow in Neukölln. Sie erklärte allen, gegen den rechten Ekkikurs der KPD. opponierenden, revolutionären Arbeitern den Krieg. Das offenbarte sich in der großen öffentlichen Rußlandversammlung der KAPD. in Berlin: Leow glaubte mit Herkules-Manieren sprechen zu können. Er wurde aber von den eigenen KPD.-Mitgliedern als politisches Kind angesehen. Und jämmerlich mußte dieser moskaukneechtselige Bundesvorsitzende mit seinen Sturmtruppen das Feld räumen.

Die Opposition wächst durch solche Machenschaften. Ganze RFB.-Abteilungen lösen sich los; z. B. in Barmen-Elberfeld. In Berlin erfolgen Massenaustritte der Kameraden, die erkannt haben, daß der RFB. als Mittel zum Zweck der opportunistischen KPD.-Politik mißbraucht wird. Diese katastrophale Wendung hofft man durch Tricks zu bannen: der Pfingstaufmarsch in Berlin wird aufgewärmt. Diesmal sollen 200 000 Mann marschieren. Eine Organisation, wie der RFB., ohne eigenes Programm, mit nichtssagenden Satzungen, gelegentlichen Sonntagsausmärschen, ist ein Betrug am Proletariat. Das beginnen die ehrlich denkenden KPD.-Genossen einzusehen. Nur sagen sie häufig: „Wir wissen auch, daß der RFB. Schwindel ist. Aber wir können das nicht öffentlich aussprechen, sonst fliegen wir aus der Partei heraus!"

Ich selbst war Mitglied der RFB.-Abteilung, 1. Zug Tempelhof, bin wegen „Bundesschädigung", d. h. meiner oppositionellen Einstellung wegen, ausgeschlossen worden. Allen ehrlichen Kameraden rufe ich zu: Ihr seid als billige Propagandatrupps für eine Partei gebraucht worden, deren Zickzackkurs nach Amsterdam täglich deutlicher in Erscheinung tritt. Laßt Euch nicht zu willenlosen Heloten degradieren, sondern widersetzt Euch standhaft als aufrechte Revolutionäre der Liquidation der Revolution. Und wenn Ihr auch, gleich mir, im offenen Klingengekreuze mit den moskaugegebenen Drahtziehern aus deren Gesellschaft ausgestoßen werdet!

Jakob Marcy."

•

Die besonders in Berlin häufiger werdenden „Meutereien" gegen die praktischen Rückwirkungen der russischen Neo-Nep ergänzen das Bild. Aber zugleich erwächst die Gefahr, daß die enttäuschten Arbeiter in der Masse der Indifferenten verschwinden. Das gilt es zu verhüten!

Proletarisches Notizbuch

Die Arbeiter des polnischen Kohlenbergbaues haben den Schiedsspruch der Schlichtungskommission, der eine achtprozentige Lohnerhöhung vorsah, abgelehnt und drohen, den Generalstreik zu proklamieren.

•

Fast 2½ Millionen Ausländer in Frankreich. Nach der letzten Volkszählung beläuft sich die Gesamtbevölkerung Frankreichs auf 40 743 000 Seelen; davon sind 2 498 000 Ausländer. Von der Bevölkerungszunahme von 1½ Millionen seit 1921 entfällt kaum eine halbe Million auf die französische Bevölkerung und mehr als eine Million auf Ausländer. Die steigende Arbeitslosigkeit wird in erster Linie die eingewanderten Arbeiter treffen, die noch rechtloser sind wie die einheimischen.

•

Der Friede des Kapitalismus. Der Vorsitzende des Marineausschusses des Repräsentantenhauses, Butler, erklärte, die Vereinigten Staaten müßten, nachdem sie hinsichtlich der Marinestärke an die dritte Stelle gerückt seien, eine neue Flotte bauen. Als Kosten des Baues gab er ca. 400 Millionen Doll. an.

•

England und China. Der britische Gesandte in Peking hat den Vertretern der Signatarmächte des Washingtoner Vertrages die Ansicht des englischen Imperialismus in Gestalt eines Memorandums überreicht, in dem es heißt: „Der Gedanke, daß die Entwicklung Chinas nur unter fremder Vormundschaft gesichert sei, müsse aufgegeben werden." Der englische Imperialismus beweist damit seinen feinen Riecher für die Tatsache, daß die Zeit gekommen ist, einer neuen Regierung rechtzeitig genug den Hof zu machen, um die alte Herrschaft in moderne Formulierungen einzuwickeln.

•

Erst Klarheit, dann . . . Der Reichsarbeitsminister Brauns hat es abgelehnt, den Schiedsspruch für die Schuhindustrie für verbindlich zu erklären, weil angeblich einige Punkte „strittig" seien, und demnach falsch ausgelegt werden könnten. — Was die Herren unter „Klarheit" verstehen, zeigt der Schiedsspruch des mitteldeutschen Bergarbeiter. — Hoffentlich werden sich die Proleten bald darüber klar, daß die Schlichtungspraxis der Kapitalisten und Gewerkschaften genügend klar sein müßte, um daraus die Lehren zu ziehen.

•

Die italienische Faschistenregierung versucht ihre Existenzberechtigung dadurch zu beweisen, daß sie alle Elemente der Arbeiterbewegung, die in irgendeiner Weise sich einmal bemerkbar machten, hinter die Mauern bringt oder erschießen läßt. Moskau protestiert — und die „Rote Armee" steht daneben und hält vor den „Arbeiterdelegationen" Paraden ab. — Wir kommen in nächster Nummer ausführlich darauf zurück.

•

Amerikanische Truppenlandungen in Nicaragua. Der amerikanische Imperialismus hat dort seine „Befreier"-Mission begonnen. Es finden fortwährend Truppenlandungen und Kämpfe statt. Imperialismus der USA. streckt seine Hand nach Zentral-Amerika aus, um dem an die Grenzen der Absatzmöglichkeiten stoßenden Produktionsapparat neue Gebiete zu erschließen und sich die Vorherrschaft über die Rohstoffquellen zu sichern.

•

Krise auch in der KPOe. Wie die syndikalistische Zeitung „Erkenntnis und Befreiung" berichtet, sind aus der KPOe. Dr. Frei, Ehn, Landeis, Pucsil u. a. ausgeschlossen worden und planen die Gründung einer „Kommunistischen Arbeiterpartei Oesterreichs". Die KPOe. ist durch Taktik der Komintern ein absolut einflußreiches Gebilde geblieben. Inwieweit aus dem endgültigen Zusammenbruch eine klare Bewegung entstehen wird, wird davon abhängen, ob die Opposition die Kraft aufbringt, die Nabelschnur mit Moskau endgültig zu zerschneiden.

Aus der Partei

Erklärung

Die in Nr. 97 der „KAZ." erschienene Notiz entspricht nicht der Auffassung der Pressekommission, sondern lediglich der Meinung eines, sonst zuverlässigen, Mitarbeiters.

Die Pressekommission ist der Meinung, daß die „Weltbühne" ein Organ ist, das auf dem Boden der bürgerlichen Kritik steht, im Gegensatz zur Auffassung des revolutionären Proletariats, daß nur den revolutionären Angriff auf die Grundlagen der bürgerlichen Demokratie als die Basis des revolutionären Klassenkampfes betrachten kann.

Infolge des Ausfallens einer Nummer des „KAZ." konnte diesem früher gefaßten Beschluß nicht schon früher Ausdruck gegeben werden.

•

Dieser Umstand gestattete „Spartakus", eineinhalb Spalten seiner blutarmen Zeitung mit einer Polemik zu füllen, worauf wir folgendes erwidern möchten.

Wir gönnen dem armen Spartakus III, herzlich den Knochen. Die Gier, mit der er sich darauf stürzt, verrät eine immerhin weit über dem Durchschnitt stehende Bescheidenheit. Sie verrät auch nicht minder das schlechte Gewissen und die daraus entsprungene Absicht über die von uns restlos aufgedeckten Fälschereien von Dokumenten hinwegzukommen. Sachlich erwidern wir auf diese Verlegenheitsrevolverei, daß für uns nicht entscheidend sein kann, was Jakobsohn früher getan hat. Franz Mehring und viele andere kamen vom Bürgertum in die revolutionäre Bewegung, und mit dem Moment der prinzipiellen Anerkennung des revolutionären Programms ist jeder Kämpfer willkommen, solange er in der Tat nach dem Programm handelt, wie auch die revolutionäre Vergangenheit kein Freibrief für konterrevolutionäre Entgleisungen sein kann. Aber den Katz und Piempfert müssen wir selbst als den prominenten Spartakushäuptlingen mit dem geborgten Kostüm das Recht zur Kritik über andere Personen absprechen. Piempfert zählt zu seinen Mitarbeitern in der „Aktion" Maximilian Harden und hat bis heute noch nicht auf die begangenen Fälschungen (z. B. den Brief von Hanno) reagiert. Spartakus deckt also auch die Methode der bewußten Fälschungen gegen über revolutionären Arbeitern. Katz ist durch seinen Magistratsbrief kompromittiert, und „Spartakus" deckt diese „revolutionären" Eigenschaften dadurch, daß er sich um jede Erledigung drückt. So richtig also die an dieser Notiz geübte Kritik auch an sich sein mag, so haben darauf unserer Ansicht nach nur Arbeiter ein Recht, die rein dastehen, nicht kompromittierte Elemente, oder solche, die sich mit korrumpierten Elementen solidarisieren.

Indem wir den Spartakuskötern den notwendigen Fußtritt geben, erklären wir zum Schluß frei und offen, daß wir den Verfasser der umstrittenen Notiz ebensowenig auf den Scheiterhaufen schleppen werden, wie Max Hölz, der zu dieser Angelegenheit folgendes schrieb:

„Mit tiefer Trauer lese ich von dem plötzlichen und unerwarteten Hinscheiden Siegfried Jacobsohns. Es ist bitter, daß dieser seltene Mensch in seinen besten Jahren aus einem überaus reichen und großen Wirkungskreis herausgerissen worden ist. Solche Vollmenschen, wie er einer war, gibt es nicht viel. Ich verdanke seiner Zeitschrift viel wertvolle Anregung und manche interessante Stunde."

Max Hölz.

„Die Weltbühne", 14. Dezember 1926.

sondern daß ungeachtet unserer abweichenden Meinung in diesem Falle uns Genossen, die aus ehrlicher Ueberzeugung einmal daneben hauen, tausendmal lieber sind als Lumpen, die auch dann noch Lumpen bleiben, wenn sie „recht" haben.

Heinrich Escher

Genosse Heinrich Escher-Neukölln, Mitbegründer der KAP. und AAU. und einer unserer aktivsten Parteiarbeiter, ist am Donnerstag, den 23. Dezember, im Neuköllner Krankenhaus verstorben und im Mittwoch, den 29. Dezember, eingeäschert worden, ohne daß die Möglichkeit bestand, es den Genossen bekannt zu geben.

Genosse Escher war erst 61 Jahre alt, aber einer der ältesten Veteranen der Arbeiterbewegung. Schon unter dem Sozialistengesetz stand er in Wilhelmshaven in vorderster Reihe des kleinen Grüppchens hart verfolgter, zielbewußter Sozialisten und wurde dafür vom „kaiserlichen" Werftkapital für dauernd gemaßregelt, wie auch nachdem des öfteren anderwärts. In Bremerhaven, wo Genosse Escher infolge der ausgebreiteteren Industrie für mehrere Jahre Fuß fassen konnte, hat er die Front nicht einen Augenblick verlassen, bis er auch hier für immer wirtschaftlich unmöglich, samt Familie sein Bündel packen mußte und nach Berlin übersiedelte. Der Wert des Kämpfers konnte richtig eingeschätzt werden während des Krieges. Vom ersten bis zum letzten Augenblick stand er auf dem gefährlichsten, illegalen Posten der Kriegsgegner und der Bekämpfer der kaiserlichen Sozialdemokratie. Die revolutionären Obleute erkannten in Escher denjenigen, der auch den schwierigsten Aufgaben gewachsen war und schenkt ihm demgemäß ihr Vertrauen. Aus der Reihe der aktiven Funktionäre der KAP. wurde Genosse Escher durch Krankheit gerissen, die über mehrjähriges Siechtum jetzt zum Tode führte.

Mitteilungen

Groß-Hamburg.

Ab 1. Januar 1927 kommen für die AAU. neue Mitgliedsbücher zur Ausgabe. Die alten Beitragsmarken werden außer Kraft gesetzt. Alle Genossen müssen in der zweiten Dezemberhälfte das alte Mitgliedsbuch an die Vertrauensleute zurückgeben.

Groß-Berlin

Oeffentl. Erwerbslosen - Fraktionssitzung Charlottenburg am Dienstag, den 11. Januar 1927, vormittags 10 Uhr. Schillerstraße 75, bei Koch.

Tagesordnung:

Die steigende Erwerbslosigkeit und ihre Auswirkung.

Allgemeine Arbeiter-Union, 7. Unterbezirk.

•

Das Tagungslokal der Erwerbslosen Charlottenburgs befindet sich von jetzt ab Schillerstraße 75. Lokal Koch, alle Dienstag vorm. 10 Uhr.

6. Bezirk. Freitag, den 7. Januar, kombinierte Mitgliederversammlung (Referat). Da wichtige Tagesordnung vorliegt, müssen alle Genossen der Partei und Union erscheinen. Das Bezirkslokal befindet sich wieder Kottbuser Str. 19 (Kottbuser Krug). —

•

Pressefond.

14. Bezirk Berlin 2,25; Gen. J. Erdle, Dortmund 1,—; Gen. E. Böhme, Dresden-A. 0,30; Gen. Geisler, Berlin-Friedenau 2,20; Gen. O. Franke, Wriezen 1,—; Gen. A. Heinrich, Meerane 0,30; Gen. Martin, Berlin NO 1,—; Gen. Cöpenick, Spandau 1,10 Mark.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sola, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isedonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.